

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 32

Charlottenburg, Freitag, den 7. August 1908

Jahrg. 35

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Cortendorf. Söhr. Lauf. Mannheim. Reichenbach (Schwabe). Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszell. Neuhaudensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Altröhlau (Gottl und Lorenz). Brünn. Hohenstein (Bloch). Linz a. Donau. Merkelsgrün. Prag (für Industrie- und Figuren-Maler).

Was die Extra-Generalversammlung bringen soll.

= Die Unzufriedenheit, die sich in den Mitgliederkreisen gegen einige Beschlüsse der Generalversammlung geltend machte, scheint ihren letzten Ausdruck in dem Verlangen nach der Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung zu finden. Noch läßt sich zwar der eigentliche Kern der Oppositionsgründe nicht erkennen und in dem vielen Für und Gegen gegen die einzelnen Beschlüsse der Generalversammlung kommt nur das eine Gefühl der Mitglieder zur deutlichen Geltung: Die Einschränkungen der Rechte der Mitglieder in bezug auf Unterstützungen und hinsichtlich der Mitgliederabstimmungen werden recht schmerzlich empfunden. Aber mit den Gefühlen läßt sich in der Praxis wenig anfangen und so hält es denn auch ungemein schwer, diese Opposition in eine bestimmte Form zu kleiden, die die Wünsche der Mitglieder, was denn nun eigentlich gebessert werden soll und wie man es besser zu machen gedenkt, in zweifelsfreier Weise erkennen läßt.

Nur die Zahlstelle Spandau, von der ja auch die Anregung zur Abhaltung der außerordentlichen Generalversammlung ausgeht, hat ihre Wünsche in die Form bestimmter Anträge gekleidet. Nach den bisher bekannt gewordenen Diskussionen ist aber auch anzunehmen, daß diese, in letzter Nummer der Ameise veröffentlichten Anträge von Spandau, das wieder geben, was man an anderen Orten schließlich auch als die Aufgaben einer außerordentlichen Generalversammlung ansieht. Darum möchten wir, ganz abgesehen von der allgemeinen Frage, ob denn überhaupt eine außerordentliche Generalversammlung nötig ist, untersuchen, ob denn gerade diese Anträge nebst ihren Begründungen eine Extra-Generalversammlung rechtfertigen. Dabei setzen wir ohne weiteres voraus, daß die von Spandau den Anträgen bei gegebenen Begründungen durchaus nicht von allen Freunden jener Anträge vertreten werden. Wir wollen also ohne weiteres die äußerst dürftige Begründung jener Anträge, die weder von einer gründlichen Durcharbeitung der Anträge selbst noch von dem Bewußtsein der Bedeutung einer Extra-Generalversammlung bei dem Verfasser jener Anträge zeugt, nur der Zahlstelle Spandau allein aufs Konto setzen.

Fest stehen dürfte wohl bei allen unseren Mitgliedern, daß die Anträge 4 und 5 mit einer Generalversammlung nicht das Mindeste zu tun haben. Der Antrag 4 lautet:

„Für die Zukunft mit dem Modus zu brechen, den Delegierten kein gebundenes Mandat mitzugeben, sondern dieselben für Hauptfragen vorher zu verpflichten. Dies ist in der Partei und Gewerkschaft sonst üblich.“ — In der Tat kann eine Generalversammlung nicht den mindesten Einfluß darauf ausüben, daß die Delegierten mit einem gebundenen Mandat kommen müssen, so wenig wie es die letzte Generalversammlung verhindern konnte, daß eine ganze Reihe von Delegierten mit gebundenem Mandat, z. B. gegen den Vorstandsantrag 50 zu stimmen, gekommen waren. Deswegen eine Generalversammlung einberufen zu wollen, dürfte also recht überflüssig sein. Im übrigen haben dem Verfasser jenes Antrages seine Kenntnisse von dem einschlägigen Gebrauch in Gewerkschafts- und Parteikreisen einen schlechten Streich gespielt. Gebundene Mandate sind namentlich in der Partei fast ganz außer Gebrauch gekommen, da sich jeder Delegierte das Recht, sich durch Vernunftgründe belehren zu lassen, offen hält. Eben durch gebundene Mandate kommen am ehesten „kopflose“ Beschlüsse zustande, weil die Delegierten, in dem Bestreben, formell ihr gebundenes Mandat auszuüben und doch um sachlich der besseren Einsicht Rechnung zu tragen, zu Mittelwegsbeschlüssen gedrängt werden, die freilich durch ihre Nutzlosigkeit oder Schädlichkeit für die Organisation den Eindruck erwecken können als sei bei den Delegierten das durch das gebundene Mandat zum Nachteil des ganzen künstlich eingeeengte Pflichtgefühl mit dem Kopf durchgegangen.

Der Antrag 5 soll ja eigentlich nur eine Anregung sein. Er beantragt: Außerdem würden wir anregen, ob es der Allgemeinheit dienlich ist, Delegierte zu wählen, welche schon ein halbes Menschenalter nicht mehr im Berufe tätig sind. **Begründung:** Dieselben sind nicht mehr imstande, objektiv zu urteilen, wie hoch man die Mitglieder mit Beiträgen belasten darf, ohne zu fürchten, den größten Teil zu verlieren. Den Beweis hierfür haben uns die Ausführungen derselben auf der letzten Generalversammlung bewiesen.“

Es scheinen hier Differenzen über den Begriff und Wert des Wortes „objektiv“ vorzuliegen. Der Verfasser jenes Antrages meint, objektiv, das heißt unparteiisch, und als Nichtinteressierter könne nur derjenige über die Höhe der Beiträge und Unterstützungen urteilen, der in der Tat nicht unparteiisch sein kann, weil er persönlich stark daran interessiert ist, wie die Unterstützungssätze beschaffen sind. Andererseits kann man aber der Auffassung sein, daß gerade jemand, der mitten im Gewerkschaftsleben stehend und doch nicht persönlich an den Einrichtungen eines speziellen Verbandes interessiert ist, am ehesten objektiv, das heißt unparteiisch und nichtinteressiert urteilen und handeln kann. Zum anderen steht ja auch fest, daß gerade an den Beschlüssen, gegen die sich die Zahlstelle Spandau wendet, solche Delegierten, die in diesem Sinne anrücklich geworden sind, gar nicht mitgewirkt haben. In jener Dreizehner-Kommission, welche die Unterstützungs- und Beitragsätze neu formulierte, saß nicht ein einziger jener drei Delegierten, die nach der Auffassung Spandaus nicht in der Lage waren, objektiv zu urteilen und denen nun für ihre Ausführungen auf der Generalversammlung der Laufpaß dauernd gegeben werden soll. Das aber ist in letzter Linie nichts anders als ein Zeichen eines ungemein kleinlichen Geistes der Unbuddsamkeit und der Gesinnungsriecherei, der jeden verfolgen will, der da magt, der Ansicht bestimmter Kreise entgegen zu treten. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die überwiegend große Mehrheit unserer Kollegen diese Feindseligkeit und Maßregelungssucht gegenüber Genossen und Kollegen, die ehrlich und offen bestrebt waren, ihre

Erfahrungen in den Dienst der Organisation zu stellen, nicht gut heißen wird. So lange die nicht mehr im Berufe arbeitenden Kollegen Verbandsmitglieder sind, werden sie auch vollberechtigt bleiben müssen.

Sachlich enger hängen aber die ersten drei Anträge mit der Generalversammlung zusammen. Der Antrag 1 lautet: „Den Beschluß aufzuheben, daß über Generalversammlungsbeschlüsse keine Mitgliederabstimmungen stattfinden dürfen. Begründung: Derselbe verflößt gegen unser demokratisches Prinzip; denn er soll die allgemeine Meinung der Mitglieder unterdrücken.“ — Der Appell an das demokratische Prinzip durch die Zahlstelle Spandau klingt um so sonderbarer, als ja — wie der Antrag 5 zeigte — dieses demokratische Prinzip, die Meinungsfreiheit der Mitglieder, gegen die „anrühigen“ Delegierten aufs ungenierteste außer Kurs gesetzt wurde. Aber auch insofern ist dieser Appell recht unangebracht, als durch jenen Beschluß der letzten Generalversammlung den Mitgliedern die Freiheit der Meinungsäußerung nicht im geringsten unterbunden werden sollte. Was jener Beschluß bezweckte, war doch nur, daß, da endlich mit vieler Mühe die Generalversammlung den Anfang einer Rassenanierung beschloß und in Anbetracht der allgemein kritischen Lage, sowie in Rücksicht darauf, daß den Mitgliedern unmöglich in aller Öffentlichkeit die intimsten Rassenangelegenheiten der Organisation mitgeteilt werden konnten, durch eine auf ungenügender Kenntnis der Dinge vorgenommene Mitgliederabstimmung nicht wieder alles verloren gehen sollte. Das Wohl der Organisation forderte diesen Beschluß und bei näherer Betrachtung der Dinge können ja die Mitglieder selbst entscheiden, ob eine Mitgliederabstimmung unbedingt nötig ist.

Die Zahlstelle Spandau hat selbst nur zwei Fragen für die außerordentliche Generalversammlung zu regeln. Können aber diese durch die Generalversammlung nicht geregelt werden oder läßt sich eine Milderung auf anderem Wege erreichen, so ist nicht nur die außerordentliche Generalversammlung unnötig, sondern auch eine Mitgliederabstimmung ist überflüssig. Daß nun aber, um eine solche überflüssige Mitgliederabstimmung vornehmen zu können, eine außerordentliche Generalversammlung statt finden soll, scheint uns wiederum recht wenig gerechtfertigt.

So wünscht denn Spandau in erster Linie im Antrag 2: „Den Beschluß aufzuheben, den Beamten ihre Gehälter, dem Stuttgarter Kongreß entsprechend, in Zukunft regeln zu sollen. Für diesen Punkt den alten Zustand zu lassen. Begründung: Die Regelung der Gehaltsfrage war eine so brennende nicht, daß man das Risiko eingeht, hierwegen einen großen Teil der Mitglieder zu verlieren, weil dieselben es mit Recht nicht begreifen können, daß mit demselben Moment, wo die Beiträge so hoch geschraubt wurden, der größte Teil der sich hieraus ergebenden Mehreinnahme zur Gehaltsaufbesserung verbraucht werden soll, auch die bisherigen Gehälter die sonst üblichen und genügenden waren.“

Man kann es wohl ohne Scheu aussprechen: Das ist die *S a u p t s a c h e*, welche die außerordentliche Generalversammlung beschäftigen soll. Gewiß, es ist das gute Recht der Mitglieder, auch mit diesem Beschluß der Generalversammlung unzufrieden zu sein, und wir haben gar keine Lust, jetzt die Berechtigung dieses Beschlusses bis in seine Einzelheiten hinein nach zu weisen. Aber wenn man diesen Antrag zum Ausgangspunkt für eine Extra-Generalversammlung machen möchte, dann hätte man sich doch zum mindestens der Mühe unterziehen müssen, ihn in ernster, durchdachter und wahrheitsgetreuer Weise zu begründen. Diese Begründung aber scheint uns eine gar zu gewagte, fast fahrlässige Spekulation auf das *G e f ü h l* und auf eine gewisse Mißstimmung der Mitglieder gegen den Vorstand zu sein. Es ist ja bekannt, daß in der Gehaltsfrage unsere Mitglieder leicht aufzuregen sind. Man braucht so vielen von ihnen nur zu sagen, daß sie umso viel weniger als die „Beamten“ verdienen. Das in Verbindung mit der ja leider so viel verbreiteten Ansicht von dem „Nichtstun der Beamten“ verfehlt dann selten seine Wirkung. Mit demselben Geschick werden ja auch von unseren Gegnern den Vertrauensleuten der Arbeiter „die Arbeitergroßen, an denen sie sich in strupelloser Weise bereichern“, vorgeworfen. Da sollte man in den Kreisen der Kollegen doch gerechter denken und ernster prüfen.

Wir wollen nicht untersuchen, ob wir in der Tat wegen der Gehaltsfrage „einen großen Teil der Mitglieder“ verlieren, oder ob eine *a l l e* Momente berücksichtigende Berichterstattung *a l l e r* Delegierten nicht auch hier jede Erregung im Anfange unterbunden haben würde. Aber direkt *u n w a h r* ist die Behauptung der Zahlstelle Spandau, daß durch die Gehaltserhöhung „der größte Teil“ der Beitragserhöhung aufgebraucht würde. Das ist ein geradezu unlauteres Moment, das hier in die Debatte geworfen wurde. Ein Verfahren, gegen das umso

lebhafter protestiert werden müßte, als diese Behauptung — so hat es den Anschein — gegen den guten Glauben aufgestellt wurde. Auf der letzten Generalversammlung gab der Delegierte von Spandau, der wohl jenem Antrag und seiner Begründung nicht so fern steht, die jährliche Mehreinnahme, welche die von der Dreizehner-Kommission beschlossene Beitragsfestsetzung bringen würde, auf 100 000 — hunderttausend — Mark an. Die Gehaltserhöhung für *a l l e* Beamten, einschließlich des Gauleiters, beträgt aber für den Rest des Jahres 1908 900 Mark! Im folgenden Jahre macht die Erhöhung nur 650 Mk. aus. Wie man angesichts dieser Tatsache, die jedem, der auch nur die Generalversammlungsberichte der „Ameise“ gelesen hat, bekannt sein mußte, solche äußerst kühnen Behauptungen aufstellen kann — dafür fehlt uns das Verständnis.

Um also eine Gehaltserhöhung um 900 Mk. resp. 650 Mk. rückgängig zu machen, soll eine Extra-Generalversammlung, die bei 50 Delegierten wiederum 8000 Mk. kosten würde, stattfinden. Bis zur nächsten Generalversammlung würde die gesamte Gehaltsaufbesserung noch bei weitem nicht die Höhe der Generalversammlungskosten erreichen.

Aber selbst daran glauben wir nicht, daß wegen 650 Mk., welche die normale Gehaltserhöhung ausmachen würde, die Mitglieder eine allgemeine Mitgliederabstimmung wünschen würden, um dadurch vor aller Welt zu zeigen, daß, wenn es sich um die Verbandsbeamten handelt, die gewerkschaftlichen Prinzipien zu schweigen haben.

So bleibt denn der Antrag 3, der besagt: „Die Beiträge und Unterstützungssätze in der beschlossenen Form zu belassen, aber die Verdienstgrenzen folgendermaßen zu gestalten: Bis zu 12 Mk. Verdienst per Woche 15 Pfg. Verbandsbeitrag. Bis 17 Mk. 30 Pfg. Bis zu 22 Mk. 45 Pfg. und Verdienste über 22 Mk. per Woche den Beitrag von 60 Pfg. Begründung: Es wäre ein Unikum in der Gewerkschaftsbewegung, schon bei 18 Mk. Wochenverdienst 60 Pfg. Verbandsbeitrag zu erheben; denn die wenigsten hätten dies bezahlen können.“ — Vorweg gesagt, dieses „Unikum“ existiert tatsächlich in der Gewerkschaftsbewegung. Die Metallarbeiter haben den 60 Pfg.-Beitrag für männliche Mitglieder ohne jede Verdienststaffelung. Und es dürfte manches Mitglied dieses Verbandes geben, das unter 18 Mk. verdient. Einige andere Gewerkschaften haben ebenfalls Einheitsbeiträge von 40, 50, 55, 75, 90 und 110 Pfg. pro Woche ohne allen ihren Mitgliedern die Garantie bieten zu können, bis zu 18 Mk. pro Woche zu verdienen. — Aber man kann trotzdem auf dem Standpunkt der Zahlstelle Spandau stehen und den Beitragsatz von 60 Pfg. für einen 18 Mk.-Wochenverdienst für zu hoch halten. Doch dabei darf andererseits eins nicht vergessen werden: Die Zwangsversicherung ist aufgehoben, die Festsetzung der Beiträge wird den Zahlstellen überlassen. Und da wird ohne weiteres eintreten, was die Zahlstelle Spandau und mit derselben viele andere Mitglieder wünschen. Die Zahlstellenverwaltungen werden kein Mitglied, das 18 Mk. in der Woche verdient, zwingen wollen, in die höchste Beitragsklasse zu gehen. Man wird aber darauf sehen, daß Mitglieder mit wesentlich höherem Verdienst der höchsten Klasse angehören müssen. So kann der Beschluß der Generalversammlung in dieser Beziehung nichts anderes sein als der Appell an die freiwillige höhere Beitragsleistung jener Kollegen, sich durch eine Höherversicherung eine höhere Unterstützung zu sichern. Ob es die Mitglieder für geraten halten, dieses Recht den Mitgliedern nehmen und den Appell an den freiwilligen Opfermut der Kollegen durch eine Extra-Generalversammlung brechen zu wollen, halten wir nicht für wahrscheinlich.

So schrumpfen also die Aufgaben der Extra-Generalversammlung und deren voraussichtliche Resultate bei näherer Betrachtung der bis jetzt vorliegenden Anträge arg zusammen. Und auf keinen Fall wird die außerordentliche Generalversammlung den erwarteten Nutzen für die Mitglieder bringen. Aber andererseits liegen in der außerordentlichen Generalversammlung gewisse Gefahren, deren die Kollegen bei Zeiten gedenken sollten.

In einem zweiten Artikel werden wir zeigen, was selbst die außerordentliche Generalversammlung, trotz gebundener Mandate und anderen Vorsichtsmaßregelungen allzu ängstlicher Mitglieder, bringen kann und bringen wird.

Mögen also die Kollegen mit ihrem Entschluß, ob für oder gegen die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung, ein wenig zurück halten. Haben sie die beiden Seiten der Medaille gesehen, so werden sie sich bei ihrem Entscheid nicht nur von dem Gefühl leiten lassen.

Bekanntmachungen!

Das Mitglied 9841 Albin Schönfelder, Maler aus Hasenthal, S.-M., z. Zt. in Mannheim, wurde in der Sitzung vom 27. Juli nach § 3 Ziffer 3 des Status vom Verband ausgeschlossen.
Der Vorstand.

Aus Mitgliederkreisen.

Ein unerhörter Skandal.

Der zähe Widerstand, welcher auf der letzten Generalversammlung von einzelnen Delegierten dem Bestreben entgegen gesetzt wurde, die Organisation in fortschrittlichem Sinne umzugestalten, ließ erkennen, daß ein Teil der Mitglieder nicht mit allen Beschlüssen der Generalversammlung sofort einverstanden sein würde. Es war aber zu hoffen, daß jeder Delegierte es für seine Pflicht erachten würde, den Beschlüssen der höchsten Instanz aller Gewerkschaftsorganisationen, der Generalversammlung, zur Durchführung bei den Mitgliedern zu verhelfen. Was sich aber in den meisten der bisherigen Zahlstellenversammlungen zeigte, läßt die Vermutung aufkommen, als erblickten einzelne Delegierte nunmehr ihre Aufgabe darin, mit den mißvergnügtesten Leuten in unseren Reihen um die Wette die verfloßene Generalversammlung und den Vorstand zu beschimpfen. Dieses Resultat nach einer siebentägigen Tagung: Eine maßlose unverantwortliche Heße gegen die Beschlüsse derselben Leute, die man als die befähigsten zur Generalversammlung sandte, enttäuscht nicht nur die ärgsten Pessimisten, sondern bedeutet eine Blamage für unsere gesamte Organisation!

Die Kritik, welche als ein besonderes Vorrecht für alle Glieder der modernen Arbeiterbewegung gilt, hat sich bei uns ausgewachsen zu einem unerhörten Skandal.

Aus allen Gewerkschaftsorganisationen, von denen dies unglaubliche Treiben beobachtet wird, weist man mit Fingern auf uns. Die Gegner in Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen reiben sich vor Behagen die Hände über das Material, daß ihnen aus unseren Reihen so übereifrig dargeboten wird. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Diskussion über die Generalversammlung in den meisten bisher bekannt gewordenen Zahlstellenversammlungen einen Tiefstand gewerkschaftlicher Reife und einen Mangel an Takt und Klugheit zeigte, welcher auch auf denjenigen erschreckend wirkt, der von allem Anfang an diese Seite unseres Verbandsgebietes mit dem größten Pessimismus betrachtete. Die Versammlungsberichte weisen mit wenig Ausnahmen eine Blütenlese von Beleidigungen und persönlichen Verunglimpfungen des Vorstandes und der Generalversammlungs-Delegierten auf, die neben jeglichem Mangel des sonst bei uns üblichen kollegialen Tones das besondere Charakteristikum aufzeigen, daß man das Wichtigste unbeachtet läßt, was in öffentlichen Diskussionen organisierter Arbeiter zu beobachten ist, die in solchen Zeiten wie heute, doppelt nötige Zurückhaltung vor den Gegnern in beiden Lagern.

Und wie emsig hat man gleich das Schimpfverlexikon, das unsere Gegner jetzt in der nächsten Zeit regelmäßig zur Hand nehmen werden, wenn wir mit ihnen zu tun haben, bereichert. Das mindeste ist noch: „Die Mitglieder waren über die Beschlüsse entrüftet“; schärfer klingt es schon: „Die Beschlüsse bedeuten eine Vergewaltigung der Mitglieder“, „die erbärmlichste Generalversammlung“... „trauriger Beschluß der Generalversammlung“... „der Beschluß spricht den demokratischen Forderungen moderner Arbeiter geradezu Hohn“. Die höchste Steigerung wird aber erreicht, wenn das Kapitel der Gehaltsregulierung unserer Vorstandsbeamten berührt wird. Da nimmt es sich besonders schön aus, wenn man als ein nach Besserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit allen Mitteln strebender Arbeiter den Satz ausspricht: „Das Verlangen der Vorstandsbeamten nach Gehaltsaufbesserung zeugt von wenig Idealismus“. Dieser Satz ist zur speziellen wirkungsvollen Verwendung sehr geeignet, wenn wir wieder einmal einem recht prozigen Unternehmer einige Pfennige Lohn-erhöhung abtrogen wollen. Ebenso die „Entrüftung“, mit der eine andere Versammlung von der Gehaltsaufbesserung Kenntnis nahm.

Ist es nicht gerade so, als spulte der Geist der Reichsverbändler unter uns, als legte ein Spizel dieser Reichsgarde zur Vergiftung des öffentlichen politischen und gewerkschaftlichen Lebens unseren Kollegen selbstmörderische Neußerungen in den Mund und in die Feder, an denen wir nachher zu Grunde gehen sollen?

Aber das Maß scheint noch nicht voll! Den Zahlstellen Spandau und Rönigsee-Unterködig blieb es vorbehalten, das Stärkste in dieser Beziehung zu leisten.

In Spandau verlangte der Delegierte Ahmus eine außerordentliche Generalversammlung! Nicht deshalb, um der Organisation neue Wege zu weisen, die ihm etwa seit seiner Teilnahme an der Generalversammlung bekannt geworden. Nein: Er verlangt etwas, was seit Bestehen der Gewerkschaftsbewegung als unzulässig galt, weil es sinnwidrig und unvereinbar mit dem Geist unserer demokratischen Einrichtungen ist. Er läßt das, was bisher die höchste Instanz unserer gesamten Gewerkschaftsorganisationen war, die Generalversammlung, nicht als solche gelten, sondern fordert, daß die Beschlüsse einer solchen durch eine zweite, gleich darauf folgende wieder beseitigt werden. Wer könnte nun die andere Seite hindern, die Beschlüsse dieser zweiten von einer dritten Generalversammlung beseitigen oder ändern zu lassen?

Das Widersinnige des Programms von Spandau wird überboten durch die Tatsache, daß dieses die Beseitigung von solchen Beschlüssen verlangt, die in jeder anderen Gewerkschaft zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Aber nicht nur beseitigen, auch Neues schaffen will Spandau. Es fordert gebundene Mandate für die Generalversammlungsdelegierten, und begründet diese unglaubliche Forderung, die an die Gepflogenheit der Mehrheit des Blockreichstages erinnert, mit der geradezu unglaublich klingenden Behauptung, in Partei und Gewerkschaft sei solches allgemein üblich. In welcher Partei und Gewerkschaft, verehrte Kollegen von der Fraktion Ahmus? In der Partei der Gelben oder gar der Reichsverbändler? Ihr habt Euch da mit Euren Kenntnissen über Partei- und Gewerkschaftsgebräuche recht bloß gestellt. — Das Höchste an Beschimpfungen des Vorstandes und der Generalversammlung leisten sich aber die paar Leute, welche die „leider nicht gut besuchte Versammlung“ in Rönigsee-Unterködig zum Tummelplatz ihrer organisationschädigenden Tätigkeit machten. Diese machten gleich ganze Arbeit und zogen das Fazit aus der Generalversammlung: „Die Delegierten waren überhaupt nicht bei vollem Verstande.“ Gegen Leute, die fähig sind, in einer Diskussion über Fragen, welche den Lebensnerv unserer Organisation bilden, derart auszuarten, polemisiert man natürlich nicht. Es beschleicht einen aber der trostlose Gedanke: Ist es denn überhaupt noch möglich, daß in einer Organisation, in welcher solch ein Tiefstand gewerkschaftlicher Erfahrung und des kollegialen Tactes herrscht, jemals wieder eine Gesundung, eine Wendung zum Besseren kommen kann? Trägt eine solche Organisation den Todeskeim nicht schon in sich? Ist es möglich, mit solchen Leuten an den Rockschößen einen ernsthaften Kampf mit einem mächtigen Gegner zu wagen, der uns gegenüber steht, bis an die Zähne bewaffnet mit den scharfen Waffen, die er aus unserem eigenen Lager von geschäftigen Händen erreicht bekommt?

Den Teufel noch mal!

Soll denn die ganze, in den langen Jahren unermüdblich unter den größten Opfern geleistete Organisationsarbeit mit einem Schlage vernichtet werden von Leuten, die vielleicht erst seit kurzem die Nase in unsere Bewegung hinein gesteckt haben? Sollen wir uns von solchen Leuten, denen die Lust zum Herunterreißen zur zweiten Natur geworden zu sein scheint, unsern Verband, die Hoffnung tausender Porzellanproletarier, in Grund und Boden zerstampfen lassen?

Nein, und tausendmal nein!

Heraus, ihr Kollegen, die ihr eure Erfahrungen gesammelt habt in jahrzehntelangem, wirtschaftlichem Kampfe, heraus auf den Plan! Heraus mit jedem, der es mit unserer Organisation, mit der Sache der modernen Arbeiterbewegung ehrlich meint!

Es gilt unsern Verband zu bewahren vor dieser Selbstzerfleischung und sinnlosen Zerstörungsmut unfähiger Wirtköpfe.

Ich erhebe Protest im Namen Aller, die sich durch solche unverantwortlichen Quertreibereien ihre Organisation nicht zertrümmern lassen wollen. Ich rufe sie zu gemein-

samem Handeln, zur Beseitigung der uns drohenden Gefahr! Arbeiten wir Hand in Hand, um solche Ausbrüche, die sicher die Zerstörung der Organisation zur Folge haben, für die Zukunft unmöglich zu machen.

Fritz Faab-Pforzheim.

Freie Äußerung eines Mitgliedes.

Wenn man die Versammlungsberichte in unserm Organ liest, so wird wohl ausschließlich kritisiert über die Generalversammlungsbeschlüsse. Es ist doch klar und deutlich daraus zu entnehmen, daß der weitaus größte Teil der Mitglieder direkt gegen die gefaßten Beschlüsse ist. Und mit Recht! Trotzdem etliche Zahlstellen bemüht sind, Beruhigungspulver auszugeben, so wird dieses nur wenig nützen, um die erregten Gemüter zu befriedigen. — Wenn man nun die Lage der Porzellaner bedenkt, wo verschiedene Kollegen mit einem Einkommen von 1000 Mk. und darunter den Kampf ums Dasein, den Kampf ums tägliche Brot, bestreiten müssen, und unsern Herrn Kollegen im Vorstande ist ein Gehalt bis zu 3000 Mk. zugesichert, so steht dies doch in trassem Widerspruch. Wozu ist nun die Generalversammlung?

Um Tausende und Abertausende zu verschlingen und auf der anderen Seite, was ja nicht ausbleiben wird, Hunderte von Mitgliedern zu verlieren. Wenn wir uns die Mitgliederabstimmung erobern könnten, wäre dies der einzige Nutzen. Gelingt dies nicht, so ist uns der Mund mit Pechpflaster zugeklebt, wir haben dann nur noch Pflichten, aber keine Rechte. Ich schließe mich dem Antrag der Zahlstelle Meuselwitz voll und ganz an, betreffs Erwirkung einer Mitgliederabstimmung über eventuelle Generalversammlungsbeschlüsse, welche keinen Widerhall finden. Mögen sämtliche Zahlstellen energisch gegen diese Entrechtung protestieren. C. R o d e = Magdeburg-N.

Hus unserem Berufe

Eisenberg. Uns wird geschrieben: „Der in der Kalker Porzellanfabrik tätige Oberdreher Kolb gibt sich redliche Mühe, den Drehern gegenüber ein recht ungeeignetes Benehmen zur Schau zu tragen. So wurde ein Dreher sofort entlassen, weil er sich die Reden des „Ober“ nicht ruhig gefallen ließ, die in trafen, als er von dem genannten Herrn an dem Arbeitsplatze eines anderen Kollegen angetroffen wurde. Das Gewerbegericht erkannte an, daß die sofortige Entlassung zu Unrecht erfolgt sei und verurteilte die Firma zu zwei Wochen Lohnentschädigung. Hoffentlich zieht die Geschäftsleitung die Lehre daraus, daß allzu schneidiges Vorgehen der Beamten nicht immer zum Nutzen des Geschäftes ausschlägt.“

Kleindembach. Aus dem Leben eines Porzellanfabrikanten gibt eine Notiz, die wir dem Volksblatt entnehmen, folgende Schilderung: „Der Gründer der Porzellanfabrik „Union“, Ernst Köhler, hat, wie ihm einstens prophezeit wurde, „mit dem Stecken die Fabrik in Kleindembach verlassen“. Viele seiner Gläubiger haben das Nachsehen, da der Besitzer der Fabrik, Quist, die Schulden, die Köhler vor dem Kompagniegeschäft gemacht, nicht zu bezahlen braucht. Köhler stammt aus dem Anhaltinischen, sein Bruder besitzt dort eine Windmühle. In Kleindembach kaufte Köhler seiner Zeit die sogenannte Seifertsmühle und errichtete, da er einen Porzellanandbruch bei Niederkröffen käuflich erworben hatte, auf dem ehemaligen Fischer'schen Grundstück in Kleindembach eine Porzellanfabrik. In derselben war häufiger Wechsel. Köhler baute und baute, riß ein und richtete neu auf. 15 000 Mk. sollen, was leicht glaubhaft, drauf gegangen sein. Verschiedene Leute sollen Köhler in gutem Andenken haben. Am 1. Mai verbot Köhler, da Quist damals erkrankt war, den Arbeitern die Maisfelder, beziehungsweise gab ihnen den verlangten viertel Tag nicht frei und strafte sie. Jetzt durfte er das Kontor nicht mehr betreten. Köhler geht jetzt als Schachtmeister sein Brot zu suchen. Ueber den Rest seines Vermögens ist der Konkurs verhängt.“

Staffel. Daß durch die Uebernahme der hiesigen Steingutfabrik durch die Firma Hubbe-Neuhaldensleben die Verhältnisse in dem hiesigen Betriebe für die Arbeiter keine besseren werden würden, war voraus zu sehen. Jetzt werden mit Vorliebe organisierte Dreher entlassen und an ihre Stellen rücken Ablieferer, Masseträger, Brennhausarbeiter oder frühere Beamte. Es ist erklärlich, daß damit zu gleicher Zeit die Löhne gedrückt werden; denn die Leitung ist der Meinung, daß den Nichtgelernten nicht so viel gezahlt zu werden braucht, als den

gelernten Arbeitern. So sind dadurch die Preise teilweise bereits auf einer Tiefe angelangt, die einem Familienvater die Existenz fast zur Unmöglichkeit macht. Aber die Firma verläßt sich auf ihre „getreue Arbeiterschaft“ in Neuhaldensleben. Wir glauben jedoch kaum, daß selbst die willigsten Kollegen von Neuhaldensleben durch ihre Ueberstiedlung nach hier einen guten Tausch machen. Man kann mit vollem Recht jedem Kollegen beim Zuzug nach hier die größte Vorsicht empfehlen. —

Internationales

Amerika. Wie uns aus Amerika mitgeteilt wurde, hat der im Juli statt gehabte Kongreß der organisierten amerikanischen Keramarbeiter beschlossen, den Antrag der auf Sanitätsgeschirre arbeitenden Kollegen: „Von den ausländischen Kollegen ein Eintrittsgeld von 50 Dollars zu erheben“ abzulehnen. Wir behandelten diese Frage bereits in Nr. 26 der „Ameise“ vom 26. Juni und wir sind nun umsomehr erfreut darüber, daß eine solche Erschwerung im internationalen Verkehr der Kollegen nicht eingetreten ist.

Frankreich. In den keramischen Betrieben in Vallauris wurden am 18. Juli die gesamten Arbeiter ausgesperrt. Genaue Zahlen, die den Umfang der Aussperrung erkennen lassen, liegen noch nicht vor. Der Grund des Kampfes ist darin zu suchen, daß die Unternehmer, unter Zuhilfenahme der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, die Organisation der Kollegen zu zerstören suchen. Diese Absicht der Unternehmer wird besonders dadurch erkennbar, als dieselben jede Unterhandlung vor dem Bürgermeister und Präsekt entweder ablehnten oder erfolglos ausgehen ließen. Die ausgesperrten Kollegen sind zum äußersten Widerstand bereit. — Auch für die deutschen Kollegen allerorts besteht die Pflicht, jeden Zuzug nach dem Ort dieser Aussperrung zu vermeiden.

Hus anderen Verbänden

Metallarbeiter. Ueber die Erfolge des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1907 wird berichtet: 1068 Lohnbewegungen mit 170 182 Beteiligten hat der Metallarbeiterverband im verfloßenen Jahre durchgeführt. Von diesen Bewegungen waren 166 Angriffsstreiks, 136 Abwehrstreiks und 43 Aussperrungen. Die restlichen 723 sind solche, die ohne Arbeitseinstellung verlaufen sind. An den Streiks und Aussperrungen waren 47 887 Personen beteiligt, an den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung 122 295. Woraus sich ergibt, daß die auf friedlichem Wege durchgeführten Bewegungen die Zahl der Streiks und Aussperrungen beträchtlich übersteigen. Ein Umstand, der schon im Vorjahr lebhaft in die Erscheinung trat. Der Erfolg der Streiks war eine Arbeitszeitverkürzung von 2,9 Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,37 Mk. pro Woche und Arbeiter. Soweit sich die Erfolge der Abwehrbewegungen in Zahlen ausdrücken lassen, ist festgestellt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit von durchschnittlich 2,7 Stunden und eine Herabsetzung des Lohnes von 1,90 Mk. pro Kopf und Woche abgewehrt worden sind. Daneben wurden noch Maßregelungen rückgängig gemacht und sonstige Verschlechterungen zurück gewiesen. — Sämtliche Bewegungen erforderten einen Kostenaufwand von zusammen 2 268 984 Mk., wovon 1 753 680 auf die Hauptklasse und 484 381 Mk. auf die Lokalklassen entfielen. In dieser Summe eingerechnet sind 30 923 für Beteiligte an fremden Streiks. — Das gesamte Ergebnis der Lohnbewegungen läßt sich dahin zusammenfassen: 81 872 Personen erhielten eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,9 Stunden pro Woche und 83 597 Personen eine Lohnerhöhung von 1,45 Mk. pro Mann und Woche. Für 30 157 Personen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen oder erneuert. Die durch die Abwehrbewegungen zurück gewiesene Verlängerung der Arbeitszeit stellt sich für 1636 Beteiligte auf 5532 Stunden, oder 3,4 Stunden pro Woche für jeden einzelnen. An Lohn- und Akkordreduktionen wurden abgewehrt für 3268 Beteiligte 120 Mk. pro Jahr oder 3 Mk. pro Woche — das Jahr zu 40 Arbeitswochen gerechnet. Ferner sind eine Reihe anderweitiger Verschlechterungen abgewehrt worden, wovon insgesamt 9013 Personen betroffen waren. — Am Jahreschluß 1907 bestanden 389 Tarifverträge (einschließlich Akkordtarife), 83 mehr als am Schluß des Vorjahres. Sie erstreckten sich auf 11 436 Betriebe mit 100 457 Personen. Von den Tarifverträgen regelten 337 die Arbeitszeit, 314 die Mindestlöhne, 104 die Garantie des Lohnes bei Akkordarbeiten, 317 Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten, 156 Zuschläge

für Montagearbeiten und 55 Zuschläge für andere Arbeiten. In 282 Tarifen die Geltungsdauer, in 261 die Kündigungsfrist des Vertrages und in 251 eine Bestimmung über die stillschweigende Weiterdauer des Tarifes, wenn keine Kündigung erfolgt, vereinbart. Eine der wichtigsten Vereinbarungen in den Tarifen ist die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit. Sie wurde für 10 693 Betriebe mit 92 343 Arbeitern festgelegt und beträgt täglich 8 Stunden nach 9 Tarifen, 8 1/2 Stunden nach 1 Tarif, 8 3/4 Stunden nach 2, 9 Stunden nach 82, 9 1/4 nach 3, 9 1/2 Stunden nach 133, 9 3/4 Stunden nach 9, 10 Stunden nach 96 und 10 1/2 Stunden nach 2 Tarifen. Für 52 900 ist die Arbeitszeit eine neunstündige bezw. noch kürzere. Nur 6291 Arbeiter haben eine zehnstündige und längere Arbeitszeit.

Vermischtes

Bürgerliche Justiz. Der auch über Frankreichs Grenzen hinaus bekannt gewordene Richter Magnaud sagt in einem Artikel über den Beruf und die Pflichten des Richters: „In Frankreich stammen neun Zehntel der Richter aus Bourgeoisfamilien oder sind in einer Bourgeoisumgebung aufgewachsen. Drei Viertel von dem übrigen Zehntel sind der Herkunft nach Aristokraten, oder was schlimmer ist, Leute, die aristokratische Ansprüche machen; das letzte Viertel allein geht aus dem wohlhabenden Arbeiterproletariat hervor. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bringt nun aber der Richter die Fehler und Vorzüge der Umgebung aus der er herkommt, in das Gerichtslot mit, ist also mit einer Anzahl vorgefaßter Meinungen belastet, nach denen er die Menschen und die menschlichen Handlungen verurteilt. Daneben besitzt er allerdings eine solide, wenn auch mehr persönliche Fachbildung, kennt zur Genüge die hauptsächlichsten sozialen und politischen Fragen und hat eine gute Moral, wenn ihm auch seine Durchschnittstugend so wenig Geltung gestattet, wie sie ihn der Gefahr aussetzt, geringen Versuchungen zu erliegen. Er hat mithin nichts, was ihn in der Liebe oder Achtung des Volkes erhalten oder wieder empor richten könnte, wenn er sie infolge einer persönlichen Schwäche oder eines begangenen Irrtums oder eines parteiischen Urteils eingebüßt hat. Im übrigen lassen seine Vorurteile keine Ahnung bei ihm aufkommen, wie grauenvoll ungerecht manche von den Urteilen sind, die er zugunsten der in seinen Augen so gut wie unfehlbaren Reichen und Mächtigen gegen Unglückliche erläßt. Außerdem fürchtet und haßt er jedweden „Skandal“, und Skandal nennt er alles was öffentlich darauf hinweist, daß die Gesellschaft die Schuldige ist oder daß die Ehrbarkeit der höheren Stände Gemeinheiten verbirgt. Aus diesen Gründen und obwohl in seinen Verzeichnissen die Namen einiger Edlen verzeichnet sind, hat sich der Richterstand im großen und ganzen fast immer knechtisch gegen die Starken gezeigt und kann nicht gegen das Mißtrauen aufkommen, das die öffentliche Meinung gegen ihn hegt. — Man braucht wohl nicht noch besonders zu betonen, daß diese Charakterisierung der bürgerlichen Justiz und ihrer Träger nicht nur auf Frankreich zu beschränken ist. Diese Justiz reicht so weit, wie die heutige Wirtschaftsordnung mit ihren tausendfachen Widersprüchen, Unsinnigkeiten und Ungerechtigkeiten reicht.

Sehr traurig! Mit großem Schaugepräge ist in Frankfurt a. M. das deutsche Turnfest begangen worden. Dazu schrieb die Frankfurter „Volkstimme“: „Viele Tausende gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter haben sich an den bürgerlichen Hurraveranstaltungen beteiligt. Nicht bloß aus Süddeutschland, namentlich aus Württemberg, sondern auch aus dem proletarischen Sachsen, aus Berlin, aus anderen thüringischen und preussischen Provinzen kamen Arbeiterturnvereine und Arbeitermitglieder bürgerlicher Turnvereine zu dem hurratriotischen Blockfest, um den Veranstaltern die Massen zu liefern und zu verstärken. Wir trafen namentlich zahlreiche Buch- und Steindrucker, besser bezahlte Metallarbeiter, Bergarbeiter, aber auch Vertreter der ärmsten sächsischen Textilarbeiter. Man geht nicht sehr fehl, wenn man schätzt, daß die Arbeiter ein gutes Drittel der 50 000 Teilnehmer von auswärts stellten. Ohne diese Arbeitermassen wäre der Festzug vor dem Hohenzollernprinzen sehr erheblich zusammen geschrumpft, diese Arbeiter bestritten zu einem guten Teil die besten turntechnischen Leistungen auf dem Festplatze. Man lese nur, wie oft Arbeiterturnvereine in der Siegerliste erwähnt sind. Und durch die Anziehungskraft, welche die Masse immer besitzt, haben sich nicht minder zahlreiche Arbeiter von Frankfurt a. M. und Umgegend in den Hurratrübel reißen lassen. Nicht bloß als Zuschauer und Beobachter, sondern ebenfalls als Teilnehmer an den Veranstaltungen. Es sind sogar einzelne organisierte Arbeiter be-

kannt geworden, die Fahnen hielten und ihre Fenster schmückten und die nicht etwa durch den Besitz eines offenen Geschäfts zu diesem Aufwand genötigt wurden. . . .“

Zur Unterhaltung

„Kultur.“

In einer preussischen Festung erwachte ich eines Morgens, lange bevor man mich hatte wecken sollen; ich konnte nicht wieder einschlafen, stand auf, kleidete mich an und wartete müßig am Fenster, den Blick auf die leere Hauptstraße gerichtet.

Plötzlich hörte ich auf, durch die Scheiben zu starren und schlenderte einige Schritte ins Zimmer hinein.

Was wars eigentlich, das ich heute vor hatte! Was hatte ich mit dem Beamten, der mir so wohlwollend entgegen gekommen war, verabredet? — Ich sollte einen Menschen hinrichten sehen.

Ich stand still . . . Sollte man es eigentlich nicht lieber lassen, ungerufen und unbefugt einen Menschen vor seinen Augen töten zu sehen, durch eine ruhige Hand bei kaltem Blute, mitten in einem vorgeschriebenen Arrangement! . . . Mußte man es nicht unzulässig nennen, derartigem beizuwohnen, wenn man selbst ein freier Mann war und kein fungierendes Glied innerhalb des gesellschaftlichen Mechanismus, der in Bewegung gesetzt wird, um, infolge geschriebener Gesetze, seine traurige Pflicht zu erfüllen . . .

Ich hätte beinahe meine Knöpfe gezählt — riß mich aber los und kam an die freie Luft hinaus. Hier war es kühl und frisch bei leicht bewölktem Himmel; noch schien die Sonne nicht. Meine Schritte hallten in lauter leeren Straßen, kaum ein Mensch war zu sehen; die Behörden mußten alles aufgebieten haben, um Tag und Stunde der Hinrichtung geheim zu halten. Aber oben auf dem Hügel neben dem hoch gelegenen Gefängnis hatte sich doch ein kleiner Haufe versammelt, meist Arbeiter und ganz junge Menschen; keine Frau war dabei.

Die kleine Schar machte einen etwas unsicheren, unbestimmten, schwankenden Eindruck! Sie standen nicht gemütlich dicht zusammen gedrängt wie ein Volkshaufe, der irgend ein Schauspiel erwartet; sie schienen im Gegenteil etwas beklemmt, was ich recht wohl verstehen konnte, ungeachtet sie gar nichts zu sehen bekommen würden. Sie konnten bloß nicht wieder gehen, hielten sich in geziemender Entfernung von der Gefängnisporte, streckten den Hals, drehten die Köpfe und gingen in unbeschränktem Gemoge ein wenig hin und ein wenig zurück, jedesmal wenn jemand am Torwarter vorbei in das Gefängnis hinein gelassen wurde.

Man hörte nicht vieles oder lautes Reden aus der Schar; nur als ich gerade die Gittertür passierte, rief einer: „Nun soll der alte Reindel einmal dran (das war der Scharfrichter), etwas zu verdienen.“ „Ja“, kam es von einem andern, „das wär mir kein schlechtes Geschäft.“ Und dann lachten ein paar gezwungen.

Ich trat in den Gefängnishof, wo die Hinrichtung vor sich gehen sollte. Alles hier wirkte unheimlich festlich, fein und sauber.

Das Gefängnis war neu, aus roten Steinen, mit glasierten dazwischen, die äußeren Mauern ebenso stattlich mit glatten Flächen, der Gefängnishof selbst mit Kies belegt; dicht neben der Eiche mitten im Hofe stand ein Tisch mit einem blendend weißen Tuch bedeckt, darauf ein blankes Kreuzifix.

Und alle Menschen hier waren in Gala. Der Staatsanwalt und die Richter erschienen in schwarzen Talaren und Barett, die Polizisten hatten neue Uniformen an, der Gefängnisinspektor sah mit seinen blühenden, silbernen Epauletten und Treffen aus, als wäre er eben von einem militärischen Equipierungsladen gekommen; dicht bei der Eiche stand ein kleines Kommando wohlgeputzter Infanteristen in zwei Gliedern. Und die wenigen zivil gekleideten Herren trugen größtenteils schwarzen Frack, weiße Binde und Zylinderhut, jedenfalls doch dunkle Anzüge und schwarze Handschuhe.

Mein Blick suchte den Scharfrichter. Es war ein feister, jovial aussehender, rotbäckiger älterer Mann in Zylinder, Frack und schwarzer Krawatte; er stand vor seinem Tisch an der äußeren Mauer. Zwischen diesem Standort und dem Tisch mit dem glänzend weißen Tuch darauf, sah ich den niedrigen Block und das damit verbundene Brett, auf welches der Sünder seinen Hals strecken sollte, beides mit schwarzem Tuch bezogen. Der Himmel war nun ganz hell und blau geworden.

Wir Zivilleute sprachen nicht viel miteinander; höchstens konnte uns eine gleichgültige Bemerkung entfallen, wieviel Uhr es sei, oder dieser oder jener fragte, wiewohl der da drinnen seine letzte Nacht zugebracht haben mochte. Auf diese Frage folgten dann einige wenige, nichtsagende Worte als Antwort,

oder es erscholl ein unbestimmtes Murmeln, und man schüttelte leicht die Köpfe. Wir standen und sahen zu den Beamten hinüber, von denen ein paar umher gingen, ein gedämpftes, ruhiges Zwiesgespräch haltend, als ob sie einen Eisenbahnzug erwarteten, der kommen sollte.

Plötzlich war es mir, als sähe ich vor mir in der Luft mit deutlichen Buchstaben geschrieben das Wort: heuchlerisch.

Es durchfuhr mich leicht. War nicht gerade das eine schlagend richtige Bezeichnung? Standen wir nicht alle hier in unsern guten Kleidern wie eine kleine Bande Selbstgerechter, im allerinnersten lüstern, den Kopf eines Menschen fallen zu sehen? War dieser unser Ernst der Ausdruck eines wahren Mitgeföhls, einer tiefbetäubten Einsicht in die traurige Notwendigkeit dessen, das hier vor sich gehen sollte?

Ich konnte nicht so gut von mir selbst und den andern denken.

Plötzlich packte mich ein ganz neues Interesse. Ich hatte dieses „heuchlerisch“ vor mir gesehen, als stände es ein wenig links, ziemlich hoch oben in einem Buch und mit deutschen Buchstaben. Wo war das Wort nur so plötzlich hergekommen, erwacht aus seinem Schlummer in meiner Erinnerung, plötzlich, durch den Eindruck von Mienen und Haltung dieser Menschen?

Ich sann und sann, und mit einem Ruck wurde es mir klar: es stammte aus Turgenjeffs: Troppmanns letzte Nacht. Erinnerungen an glückliche Stunden meiner früheren Jugend mit Turgenjeffs Dichtungen brausten auf einmal auf mich nieder, so mächtig, daß mir fast die Augen feucht wurden. . . der liebe Turgenjef . . . dieser feine Künstler, dieser mild fühlende Mensch . . .

Ein schwarz gekleideter Richter im Talar schlüpfte schnell aus dem äußeren Gefängnishof an mir vorbei zu seinen Kollegen hinüber. Die Pforte wurde dröhnend hinter ihm ins Schloß geworfen. Die Turmuhr holte zum Schlage aus, und alle Köpfe wandten sich unwillkürlich dem Gefängnisse zu. Während noch etwas von dem Klange des siebenten und letzten Glockenschlags in der Luft ertönte, hörten wir eine Tür gehen, und mit dem hohen, straffen, schimmernden Gefängnisinspektor und seinen Leuten an der Spitze erschien der kleine Zug, dessen Mittelfiguren der Geistliche und der zum Tode Verurteilte bildeten.

Ich sah vor mir einen ältlichen Mann aus dem Volke herangekommen, die Hände vor sich gefaltet und in seinen Winkelschuhen einerschlotternd, ärmlich, aber sauber gekleidet, in Beinkleidern und Jacke, mit blendend weißem Hemd und entblößtem Hals. Der Gesichtsausdruck war ganz still und stier. Die Augen sahen vor sich hin ohne einen bestimmten Blick, aber weit aufgerissen, fast wie diejenigen eines Menschen, der vollkommen abwesend ist von allem um ihn herum; der Mund lag festgeschlossen, wie eine stumme und gerade Linie, in einem kurzen, dichten, grauen Vollbart; die Gesichtsfarbe war etwas fahl.

Alle Beamten umstanden nun den Tisch mit dem Kreuztisch auf dem weißen Tuch. Der Staatsanwalt in der Mitte. Der Verurteilte hielt im Gehen inne, das Gesicht gegen ihn gekehrt; ich sah nur seinen Rücken und den etwas eingefallenen, bloßen Nacken mit der Höhlung gegen das Haar hin.

„Höre noch einmal Dein Urteil“, erscholl die klare, leicht dozierende Stimme des Staatsanwalts, und ganz kurz, ohne die Motivierung, wurde vorgelesen, daß dieser Mann wegen verübten Raubmordes zum Tode verurteilt sei.

„Und höre nunmehr die kaiserliche Kabinettsorder!“

„Achtung,“ fiel das Kommando im selben Augenblick ein, und die kleine Infanterieabteilung gehorchte dem Appell.

Sobald der Staatsanwalt begann: Seine Majestät . . . hieß es: „Präsentiert das Gewehr!“

Die Uniformierten, die nicht unter Waffen waren, führten die Hände an die Mützen, wir Zivilleute lüfteten unsere Hüte und da standen wir Wohlgekleideten alle und hörten in ehrerbietiger Haltung zu, wie dem Manne mit dem bloßen Hals, gesagt wurde, daß sein Gesuch um Begnadigung kein Gehör gefunden habe.

„Hast Du irgend einen Wunsch vorzubringen?“ fragte der Staatsanwalt noch.

Ich konnte gerade ein dumpf gemurmertes „nein“ vernehmen.

Der Staatsanwalt wandte sich gegen den Scharfrichter, der einige Schritte von ihm stand:

„Sehen Sie hier die eigenhändige Unterschrift Sr. Majestät?“

Der andere nickte.

„Tun Sie denn ihre Pflicht!“ — und nun sah ich wieder das Gesicht des Verurteilten gegen mich gewendet, vollkommen unverändert im Ausdruck, der gerade so abwesend und stier wie

zuvor erschien. Und seine Haltung war ganz dieselbe, ohne Initiative; fast schlürfend ging er die letzten zwanzig Schritte seines Lebens zu dem nun abgedeckten und bereitstehenden Blocke und Brette hin.

Ich bin nicht sicher, ob ich wirklich auffaßte, wie die Gesellen des Henkers ihm die Jacke abnahmen und das Hemd bis auf die Hüften umkrempelten; aber unauslöschlich eingebannt in meiner Erinnerung steht der Eindruck dieses Mannes mit dem entblößten Oberkörper, der sich vor dem Brett auf die Knie warf, während sein allerletzter Blick — dieser Blick traf mich! Und der war nicht mehr starr und stiel; er schweifste ängstlich über den Rand des Brettes hinaus, besorgt, ob er nun auch richtig mit dem Kopfe zu liegen käme. Aber Nacken und Hals paßten gut in den leicht geklüfteten Block, und im selben Nu erscholl vor meinem Ohr der schnelle Schlag eines Beilblattes, das ins Holz nieder sauft; ich sah den grauhaarigen Kopf über den Block in den Ries hinab rollen, weg von mir, während der Rumpf sich durch den Schlag leicht drehte. Ein dicker Blutstrahl fuhr quatschend heraus, und hinterher quoll es noch einige unheimliche Augenblicke lang mit häßlichem Sichern aus diesem kopflosen Körper hervor.

Ein Kommandowort tönte in mein Ohr, die Infanteristen zogen ab: ich stand plötzlich in einer schon stark gelichteten Menschengruppe; etliche mußten eiligst gegangen sein. Die verschiedenen Beamten bewegten sich alle nach der äußeren Pforte hin, ich blieb mit dem halb übeln Gefühl zurück, konnte aber dennoch meine Augen nicht abwenden von dem kopflosen Körper mit den noch lebenden Zuckungen in dem entblößten Rücken. Der Scharfrichter und seine Gehilfen waren lebhaft beschäftigt, eifertige Hände streuten Sand auf die Lachen beim Block, spülten ringsum mit dampfendem Wasser; schon sah ich, wie das Beil in ein großes, breites Lederfuttermal gelegt wurde; auf einmal stand der Scharfrichter neben mir.

Es kribbelte leicht in mir.

Der kleine, joviale Mann war nervös lebhaft, wie man es nach einem wohl überstandenen Examen ist; er fragte mich schnell, ob ich als Ausländer nicht gefunden habe, daß hier alles forsch und mit Präzision vor sich gehe.

Ich fühlte mich zu einem Kompliment gezwungen, und zugleich fiel es mir auf, daß ich, während ich mit der gespanntesten Energie den letzten Bewegungen des Verurteilten folgte, durchaus nicht aufgefaßt, was ich zweifels ohne gesehen hatte, die Gestalt des wartenden Scharfrichters, die gehobene Art, die blizende Klinge; nichts lag in meiner Erinnerung zwischen dem entblößten Hals und Nacken auf dem Blocke und dann dem Klang des Beilhiebes . . .

Ich sah noch einmal nach dem Block hinüber. Man war gerade dabei, den toten Körper in einen bereit gehaltenen Sarg hinüber zu heben. Der Kopf wurde hastig gepackt und dazu gesteckt; der Küstwagen war zur Stelle; die Bank und der Block war alles schon zusammen geschlagen und eingepackt; der Wagen fuhr zum nördlichen Gefängnistor hinaus; ich ging durch das südliche, und nun war es 10 Minuten nach sieben.

Ich mußte es ja glauben und konnte es dennoch kaum für möglich halten; soviel schien mir seit jenem Augenblick vorgefallen, da der Mann, der nun auf den Kirchhof hinaus gefahren wurde, lebend da stand und seinem Urteil lauschte . . .

Ein endlos langer, langer Tag folgte diesem frühen Morgen! Immer wieder tauchte die Erinnerung dessen, was ich gesehen, seltsam vor mir auf. Plötzlich konnten die Empfindungen jener Morgenstunde wieder wach werden, die auf mir lastende Beklommenheit, das melancholische Warten, die dahinter lauende Neugier, die leichte Uebelkeit, als der Kopf dieses Menschen gefallen war. Und dazwischen schwebten sonderbar verschwommene Bilder von einer strahlenden und bewaffneten Macht und von etwas Grauem, Unsicherem, Unregelmäßigem, Saltlosem, Unbeherrschtem, das zerfiel, wieder in die Brüche ging . . .

Späterhin am Tage erzählte man allgemein in der Stadt, daß der Mann reuevoll und gottergeben gestorben sei; müde und vertrauensvoll habe er sein Haupt dem Beile hingestreckt.

Innig mußte man es ja für diesen Menschen wünschen und hoffen, der seinen Tod nicht selbst gewollt und ihm doch klar bewußt entgegen treten mußte — ohne Hoffnung auf Aufschub, selbst einer Sekunde nur, ohne die Bewußtlosigkeit eines barmherzigen Augenblicks, ohne daß der entscheidende Moment ihm doch halb und halb wie eine Art von Ueberfall kommen durfte, dem er unterliegen mußte.

Er, dem der Tod erschienen war auf Kommando, unter hohem, hellen Himmel und in preußischer Gala . . .

Versammlungs-Berichte etc.

m. Altwasser. Am 25. Juli fand im Gasthof zum „Deutschen Kaiser“ eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, welche recht gut besucht war. Nachdem Kollege Schulze den Kassenbericht und Kollege Dirche einen ausführlichen Kartellbericht erstattet hatten, erhielt der Arbeitersekretär Genosse Osterrot das Wort zu einem Vortrag über die Mängel der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung. In der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials wies der Referent nach, in wie rapider Weise die Zahl der Unfälle in den letzten Jahren gestiegen ist. Hervorgerufen werden die Unfälle durch die Sucht der Unternehmer, immer höhere Profite aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter heraus zu schlagen und durch den Mangel an geeigneten Schutzvorrichtungen. Die Erlangung einer Unfallrente wird den Arbeitern sehr erschwert. Sogar eine nicht rechtzeitige Anmeldung des Unfalls führt zur Verweigerung einer Rente. Redner unterzog ferner die sogenannten Rentenquetschereten einer scharfen Kritik. Vielen Rentenempfängern, die Anlaß hatten mit der Gewährung einer Dauerrente zu rechnen, werden plötzlich ihre Bezüge gekürzt oder ganz entzogen. Ferner bemängelt der Redner die niedrigen Unterstützungsbezüge der Unfallverletzten. Letztere sind geradezu gezwungen, am Hungertuche zu nagen. Die Arbeiterschaft müsse sich endlich aufraffen, um diesen Zustand durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften beseitigen zu helfen. In den Betriebskrankenkassen, auf die Redner ferner zu sprechen kam, steht die gezahlte Krankenunterstützung meistens in gar keinem Verhältnis zu den hohen Beiträgen, so daß bei Krankheitsfällen eine Familie der Not preisgegeben ist. Mit einem kräftigen Appell, sich der Organisation anzuschließen, beendete der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion beteiligten sich einige Genossen, insbesondere Bezug nehmend auf die Mangelhaftigkeit der Fabrikkrankenkasse. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Genossen Rothe um 12 Uhr geschlossen.

Dessau. Eine neue Gewerkschaftsherberge haben sich die hiesigen Gewerkschaften errichtet. Die Herbergsverhältnisse in Dessau waren bisher die denkbar traurigsten. Viele der reisenden Kollegen und Genossen machten einen weiten Bogen um Dessau, um nicht in der dort bestehenden, unsauberen Gewerkschaftsherberge übernachten zu müssen, oder sie suchten in der Herberge zur Heimat eine Zufluchtsstätte. Das hiesige Gewerkschaftskartell hat nun durch die tatkräftige finanzielle Unterstützung eines Genossen eine Herberge mit neuen Betten im Hause Ballenstedter Straße 1 eingerichtet. Während sich in den oberen Stockwerken des Hauses die Herberge mit Badeeinrichtung und Wascheinrichtung befindet, ist im ersten Stock außer zwei Sitzungszimmern ein freundliches und geräumiges Fremdenzimmer eingerichtet. Im Erdgeschoß sind Restaurationsräume.

v. Kahla. In der Zahlstellenversammlung vom 4. Juli erstatteten die Delegierten Bericht über die stattgefundene Generalversammlung. In der Diskussion hierüber gingen einzelne Mitglieder mit der Gehaltserhöhung der Verbandsbeamten scharf ins Gericht. Es wurde auch stark gegen den künftigen Fortfall der Vorstandsprotokolle protestiert, da durch diese Berichte die Mitglieder sich einigermaßen auf dem Laufenden erhalten konnten und nun die Verbindung mit den Vorstandsbeschlüssen und -Geschäften aufhört. Ferner wurde kritisiert, daß durch die Erschwerung einer Mitgliederabstimmung den Mitgliedern das Recht des Protestes gegen gefakte Beschlüsse genommen wird. — Am 17. Juli referierte Genosse Zietsch vor einer gut besuchten außerordentlichen Zahlstellenversammlung über: „Die wirtschaftliche Krise und die Arbeiterorganisationen.“ Auf Antrag wurde beschlossen, dem Hauptvorstand anheim zu geben, diesen Vortrag als Agitations-Broschüre heraus zu geben.

st. Köppelsdorf. Die am 23. Juli stattgehabte Verwaltungs-sitzung nahm Kenntnis von dem Ausschreiben der Zahlstelle Spandau, betreffs einer außerordentlichen Generalversammlung. Die Zahlstelle Spandau nennt es unglückliche Beschlüsse, welche in der letzten Generalversammlung gefaßt wurden, sagt aber nicht, welcher Art dieselben sind. Zweifellos hatten doch alle Delegierten das Bedürfnis, zum Weiter des Verbandes zu wirken. Wenn die Zahlstelle Spandau die Beschlüsse der letzten Generalversammlung als unglückliche bezeichnet, so würde wohl ihr einstimmiger Beschluß, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, der unglücklichste sein. Circa 14000 Mk. hat uns die ordentliche Generalversammlung gekostet, eine außerordentliche würde uns nicht viel billiger zu stehen kommen, und wir hätten außerdem das unangenehme Vergnügen, uns in der Öffentlichkeit herab zu setzen. Ungeachtet dessen, daß es von einer beispiellosen Disziplinlosigkeit zeugt, wenn Beschlüsse einer Generalversammlung annulliert werden sollen, so ist dieses Verfahren auch im höchsten Grad geeignet, um eine Spaltung in unsere Reihen hinein zu bringen und die Meinungsverschiedenheiten noch mehr zu verschärfen. Die letzte Generalversammlung war in der Hauptsache dazu berufen, die Kasse zu sanieren, und jetzt werden schon wieder Meinungen laut, diesbezügliche bekannte Beschlüsse umstoßen zu wollen. Wenn sich alle Verbandskollegen und -Kolleginnen unsere gegenwärtige finanzielle Lage betrachten, so müssen sie zu dem Resultat kommen, daß es äußerst notwendig ist, die Kasse zu stärken. In der Zeit der Krise können wir die Kosten einer außerordentlichen Generalversammlung zur Arbeitslosenunterstützung, welche einen so hohen Prozentsatz in unserem Berufe einnimmt, besser verwenden. Sollte aber auf Betreiben der Zahlstelle Spandau, eine außerordentliche Generalversammlung zu Stande kommen, so könnte sich diese nur abermals zur Sanierung unserer Kasse, mit dem Vorstandsantrag befassen und somit eine Annäherung an die Glas- und Tonarbeiter bringen. An allen anderen Beschlüssen herum zu modeln, wäre nutzlose Arbeit; denn sie sind für unser zukünftiges Gedeihen und unsere Tatkraft wenig von Bedeutung. Alle Zahlstellen aber, welche sich dem Antrag Spandau anschließen wollen, mögen sich erst über die Art der unglücklichen Beschlüsse bei der Zahlstelle Spandau erkundigen, ehe sie einer außerordentlichen Generalversammlung zustimmen. Die Art und Weise einer jeden Kritik in der schon alten Porzellanorganisation über alle Neuerungen seit Jahrzehnten sind äußerst bedauerlich.

sch. Rudolstadt. In der Zahlstellenversammlung vom 18. Juli erstattete unser Delegierter Bericht über die Generalversammlung. In

der folgenden Diskussion ging es bei der Kritik verschiedener Beschlüsse recht lebhaft zu. Auf's schärfste aber wurde der Beschluß geäußert, wonach gegen die Beschlüsse der Generalversammlung keine Mitgliederabstimmung stattfinden darf und — dabei verhehlt unser Verband (angeblich) auf demokratischem Prinzip, nach welchem immer die Mitglieder das letzte Wort haben und unsere Leiter nur ausführende Faktoren sind. Aber so ist eben umgekehrt. Die Delegierten sollen die Meinung ihrer Mitglieder zum Ausdruck bringen, aber auch beileibe nicht mit gebundenem Mandat kommen. Gegen die Beitrags-erhöhung war weniger ein zu wenden als gegen die Höhe, und dagegen, die Mitglieder schon bei einem Verdienste von 18 Mk. mit 60 Pfg. Wochenbeitrag heran zu ziehen, sowie gegen die Verwendung der vorläufig berechneten Mehreinnahmen, als gegen die Entschädigung an unsere Verbandsbeamten für entgangenen Urlaub circa 1000 Mk. (kann auch weiterhin bewilligt werden); 2. erhalten unsere Beamten pro Jahr 1500 Mk. an Gehalt mehr. Nun, mehr kann man von der Finanzreform doch nicht verlangen. 1902 hieß es Sanierung; bei Streiks bekommen die Mitglieder vom 1. Oktober ab, allerdings auch pro Kind und Woche 1 Mk., jetzt 50 Pfg. mehr. Daß die Agitationsfrage zu kurz gekommen ist, erhellt schon daraus, daß bei dem betreffenden Punkt einer großen Anzahl von Rednern das Wort durch Schlußantrag abgeschnitten wurde. Folgende Resolution wurde angenommen: „Nach erstattetem Bericht unseres Delegierten Bohner erklärt sich die Versammlung mit seiner Tätigkeit einverstanden. Den Beschluß der Generalversammlung, über die Beschlüsse der Generalversammlung keine Mitgliederabstimmung zuzulassen, verurteilt die Versammlung aber auf's schärfste und betrachtet es als eine Vergewaltigung der Mitglieder. Wir fordern diejenigen Zahlstellen, welche gleich mit uns htermit nicht einverstanden sind, auf, sich hierzu zu äußern und, da uns eben eine Mitgliederabstimmung abgeschnitten ist, sich einmal den § 88, Absatz 6 unseres Statuts anzusehen.“

h. Celtow. In der am 18. Juli stattgefundenen Zahlstellenversammlung gab Genosse Ahmus den Bericht über die Generalversammlung, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann, wobei sämtliche Redner sich gegen die unseligen Beschlüsse der Generalversammlung aussprachen und mit Entrüstung wurde der Idealismus des Hauptvorstandes, betreffend die Gehaltzulage einerseits und die Belastung der Mitglieder, betreffs Beiträge sowie die Schmälerung der Rechte andererseits, entgegen genommen. Da diese Generalversammlung den Mitgliedern die letzte Waffe betreffs Mitgliederabstimmung genommen hat, stimmt die Zahlstelle Celtow einem von der Zahlstelle Spandau vorgelegten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit den Motiven bei, lieber diese Kosten zu tragen als durch die in der letzten Generalversammlung gefaßten Beschlüsse den Krebsgang anzutreten. Unter Geschäftlichem wurde unter anderem gegen die Behandlung des Oberdrehers Berger den Arbeitern gegenüber in der Versammlung protestiert. Die Anwesenden sprachen sich dahin aus, in der nächsten Zeit, falls keine Aenderung eintritt, dagegen Stellung zu nehmen.

h. Volkstedt. Die am 25. Juli hier abgehaltene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung. Unter anderem auch mit dem Rundschreiben von Spandau, betreffs Herbeiführung einer außerordentlichen Generalversammlung. Selbiges wird, was ausdrücklich betont sei, nur aus finanziellen Gründen abgelehnt. Auf's schärfste verurteilte die Versammlung auch den Generalversammlungsbeschluß, Mitgliederabstimmung betreffend, durch welchen den Mitgliedern jeder Abänderungs-Antrag und jede Korrektur an den Generalversammlungsbeschlüssen entzogen wird. Die Zahlstelle erklärt sich deshalb mit Meusewitz solidarisch.

m. Waldsassen. In der am 5. Juli abgehaltenen Monatsversammlung gab uns der Delegierte, Genosse Seebach, den Bericht über die Generalversammlung. Derselbe bemerkte gleich anfangs: „Ich werde mit meinem Berichte den Mitgliedern keine große Freude machen können.“ Hat doch die Generalversammlung den Mitgliedern Beitrags-erhöhungen gebracht, wovon man schon vor der Generalversammlung nicht erfreut war. Darnach besprach Genosse Seebach in circa zweifelhändigen Ausführungen die einzelnen Punkte der Tagesordnung in erschöpfender, klarer Weise. Hauptsächlich besprach Genosse Seebach die Kassenverhältnisse und die wirtschaftliche Krise, welche sich in der Porzellanindustrie recht drückend bemerkbar macht, was einen großen Teil unserer Mitglieder arbeitslos macht. Seebach schloß seinen Bericht mit den Worten: „Wenn auch die Generalversammlung größere Anforderungen an die Mitglieder stellt, so sei es doch keine schöne Handlung, wolle man deshalb dem Verband den Rücken kehren. Unermüdetes Weiterarbeiten für den Verband zur Stärkung der Kasse und der Mitgliedschaft sei moralische Pflicht eines jeden Mitgliedes.“ Beifall unserer Mitglieder belohnte diese Ausführungen.

Sterbetafel.

Freienorla. August Gerhard, Dreher, geb. 9. 8. 1867 in Engerda, gest. 25. 7. 1908 in Niederkröffen an der Porzellanerkrantheit. Krankheitsdauer 16 Wochen.

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Änderungen

Bunzlau. W. Heinrich Schölpert, Nicolaistr. 8. — Schf. Robert Koffark, Nicolaistr. 16. — Rff. Paul Henschel, Gnadenberger Str. 16. — Kv. Johann Urbanek, Görlitzer Str. 9.

Erfurt. Kv. Artur Balzer, Koenstr.

Ludwigsburg. Rff. Reinh. Engel, Gastwirt zur Maßgette, Körnerstr. 19.

Uohenstaub. Kv. Josef Schierl, Ml.

Versammlungs-Anzeigen

- Althaldensleben.** Sonnabend, 15. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei W. Peters. Vortrag des Genossen Fr. Savinsky-Drageburg.
- Annaburg.** Sonnabend, 15. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Beck's Gesellschaftshaus.
- Arzberg.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Wm. Hollering.
- Berlin.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, **Verwaltungsfeier** im Bureau. — Montag, 10. August, 7 Uhr, **Figuren und Terrakotta-branchen** bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Sonnabend, 15. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, **Zahlstellenversammlung.**
- Breslau.** Sonnabend, 8. August, 7 Uhr, in Fuhrmanns Restauration, Matthiasstr. 182.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8.
- Cöln.** Donnerstag, 13. August, 9 Uhr, bei Otto Kauen, Schafenstr. 1-3. Bericht von der Generalversammlung.
- Eisenberg.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gambirinus.
- Elmsborn.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal, Peterstraße 11.
- Frankfurt a. M.** Sonnabend, 15. August, bei G. Gittfried, Sachsenhausen, Große Rittergasse.
- Friedrichshagen.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Stinguhr, Seestraße 36.
- Gaggenau.** Mittwoch, 12. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Volkshalle.
- Gehren.** Umstände halber findet die für Sonnabend, 8. August, angelegte Versammlung erst am Sonnabend, 15. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Schwarzbürger Hof Jesuborn statt.
- Germersheim.** Sonnabend, 8. August, Gasthaus zum Mohren.
- Goldlauter.** Sonntag, 9. August, nachmittags 3 Uhr, bei Gebhardt Heim.
- Großbreitenbach.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathause.
- Ilmenau.** Sonnabend, 15. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Rosenau“. Vortrag über die Einrichtungen anderer Organisationen.
- Kahla.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im „Thüringer Hof“ Lösschütz.
- Krummenaab.** Freitag, 14. August, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Langewiesen.** Sonnabend, 8. August, 9 Uhr im Felsenkeller.
- Magdeburg-Neustadt.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Paul Küster, Fabrikenstr. 5/6. Vortrag. Alle Bibliothekbücher mitbringen.
- Meuselwitz.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im Deutschen Kaiser.
- Neuhaldensleben.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Herzog. Beschlussfassung über den Antrag Spandau.
- Ollterode.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im Schützenhaus.
- Plaue.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Adler“ außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Spandauer Antrag betreffs Wiedereinberufung einer Generalversammlung.
- Probstzella.** Sonntag, 9. August, nachmittags 3 Uhr, bei Emil Heinz.
- Roßlau.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, in der „Krone“.
- Sörnnewitz.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im Gasthof zur „Krone“.
- Spandau.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Summa, Weißenburgerstraße 24.
- Tettau.** Sonntag, 23. August.
- Tiefenfurt.** Sonnabend, 8. August, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Brauerei.
- Uhlstädt.** Sonnabend, 8. August, Zahlstellenversammlung bei Reinhard Pfeiffer in Overtrossen.
- Weißwaller.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Kretschmer, „Café Zentral“.

Anzeigen

Quittung. Für unser krankes Mitglied Gottfried Werner gingen ein: 1. Zahlstelle Rehau 10,—, 2. Marktreuditz 20,—, 3. Gagen, Westfalen 8,05, 4. Amberg 5,—, 5. Meuselwitz 28,10, 6. Offenbürg 5,—, 7. Golditz 9,85, 8. Bonn a. Rh. 3,—, 9. Kronach 10,25, 10. Oberkottau 10,—, 11. Rheinsberg 9,—, 12. Tettau 8,50, 13. Annaburg 9,55. Summa 181,30 Mk. Besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. G. Kolb.

Plaue. Allen durchreisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich Unterstüzungsfachen Wochentags von 12—1 Uhr mittags, sowie von 6—8 Uhr abends nur in meiner Wohnung erledige. Kassierer W. Fischer.

Leipzig. Am Sonntag, den 9. August, findet der geplante Ausflug nach Golditz statt. Abfahrt 7 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Dresdner Bahnhof. Anmeldungen sind bis zum 1. August bei der Kommission im Volkshaus zu bewirken.

Nürnberg. Sonntag, 9. August, Ausflug der Zahlstelle mit den amberger Kollegen. Treffpunkt Hauptbahnhof 6 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abfahrt 6 $\frac{55}{60}$ Uhr.

Stiftungsfest! Die Zahlstelle **Markt-Redwitz** feiert am 28. August ihr 10-jähriges Stiftungsfest, wozu die umliegenden Zahlstellen freundlich willkommen sind. Programm nachmittags 2 Uhr ab: Konzert, Gesangsvorträge im Glasischen Garten. Abends Ball im Hotel Kaiserhof.

Erfurt. Kollegen, gleichviel welcher Branche, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich zuvor bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Celtow. Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Vorbereitung nur bei Porto-Einzufügung

Berlin. Wir machen darauf aufmerksam, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit hier am Ort stark in Erscheinung tritt, und wolle man deshalb sich stets nur an den Arbeitsnachweis, Berlin SO 26, Raunynstr. 84t wenden.

Elsterwerda. Kollegen, welche gemittelt sind, hier in Stellung zu treten, werden im eigenen Interesse ersucht, sich zuvor über die hiesigen Verhältnisse bei der Verwaltung zu erkundigen.

Emaillierschrift-Maler per sofort gesucht. Speziell für Farbschriften. Offerten an G. Pfister und Cie. Metall- und Emailleschilderfabrik Zürich.

Porzellanmaler, in Export sowie deutschen Artikeln firm, guter Goldstempler sucht sofort Stellung. Gesl. Offerten erbeten an Karl Koller, Uhlstädt in Thüringen.

Emaillier- u. Porzellanmaler, firm im Entwurf moderner Dekore, geübt im Plattenstechen und in allen Fächern aufs beste bewandert, wünscht Stellungswechsel. Gesl. Off. unter **L. 2.** an die Exped. der „Ameise“.

Maler, welcher in Fond, Blumen- und Plattenstechen gut ein-gearbeitet ist, sucht Stellung, wenn möglich sofort. Gesl. Offerten an die Red. der „Ameise“ erbeten unter **H. K.**

Maler sucht Stellung auf Dekor, Rand, Stempel oder Fondsprüger. Gesl. Offerten an die Red. der „Ameise“ erbeten unter **K. F.**

Unterglasurmaler in Handmalerei, Schablonarbeiten sowie im Zeichnen gut geübt, sucht sofort Stellung. Offerten unter **F.** erbeten.

Maler, bis jetzt auf Ofenschirme und Kohlenkasten tätig, möchte sich als Schriftmaler ausbilden und wünscht deshalb als Volontär Engagement. Offerten unt. **B. S.** an die Expedition der Ameise.

Maler, der etwas Schrift kann, wünscht sich sofort zu verändern, am liebsten auf Herde, oder kleine Schildermalerei. Offerten unter **H. B. 999** an die Expedition dieses Blattes.

Emaillier, im Aufleben von Grund und Emaille, sowie im Brennen aller Schilderarten vollständig vertraut, gute Rezepte zur Hand, sucht sich zu verändern. Offerten unter **B. B. 5** an die Expedition.

Brenner auf Emailleschilder, der mit allen Verhältnissen des Emaillierens vertraut ist und etwas Kenntnisse in der Blecherei besitzt, findet sofort dauernde gut bezahlte Stelle. Offerten unter **A. N.** an die Redaktion der Ameise erbeten.

Verheirateter Maler, mit allen vorkommenden Arbeiten in der Galanteriemarenbranche vertraut, spez. Ansichten auf Glas und Holzrindenbilder, sucht baldigst Stellung. Gesl. Offerten unter **S. G. 2.** an die „Ameise“.

Kapseldreher, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten sucht dauernde Stellung. Offerten unter **D. K. 1002** an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2gespaltenen Zeitschrift 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 8.**

Goldschmied, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Helles Geschäft dieser Art.

Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen. Machen Sie einen Versuch und senden Sie Ihre Goldschmiede usw., andere Sachen an **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grimmitzauerstr. 18. Höchste Preise. Schnelle Bedienung.

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm** in Thüringen.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.